

Bezugspreis:
Wöchentlich in Neuenburg RM. 1.40
Durch die Post im In- und Ausland
zusätzlich, sowie im langfristigen In-
landsabonnement RM. 1.40 mit
Postzuschlag. Preis freibleibend.
Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Vorkaufung der
Lieferung oder auf Wiederholung
des Bezugspreises.
Abstellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Kaufmännern jederzeit entgegen.
Bestellungsformulare RM. 4.00
Bestellungsformulare RM. 4.00
Bestellungsformulare RM. 4.00

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenburg.

Ar. 140 Dienstag den 20. Juni 1933 91. Jahrgang

Die deutsche Delegation verläßt unter Protest die Genfer Arbeitskonferenz

Genf, 19. Juni. Dem Präsidenten der 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz hat die deutsche Regierungsdelegation, der deutsche Arbeitgebervertreter und der deutsche Arbeitnehmervertreter, heute folgende Erklärung übergeben:

In Beginn der Konferenz sind in einer Gruppenbesprechung der Arbeitnehmer überaus schwere Vorwürfe gegen Deutschland und seine Delegierten gefallen. Diese sind, wie nun in aller Deutlichkeit gesagt werden muß, von dem Vorsitzenden der Gruppe, trotz der Bitte um Zurückweisung und um Schutz der deutschen Interessen, bis jetzt nicht zurückgewiesen worden.

Anschließend brachten Genfer Zeitungen Äußerungen, die der deutsche Arbeitnehmervertreter, Herr Dr. Ley, auf einer Pressebesprechung getan haben soll. Herr Dr. Ley hat alle ihm unterbreiteten Äußerungen entschieden in Abrede gestellt und öffentlich demutiert. Darüber hinaus ist von maßgebenden deutschen Stellen erklärt worden, daß Deutschland höchsten Wert lege auf freundschaftliche Beziehungen zur Bevölkerung aller Länder, insbesondere auch zu den südamerikanischen Staaten.

Dessen ungeachtet wurde auf sogenannten offiziellen Tagungen der Arbeitnehmergruppe der Konferenz, zu denen man den deutschen Delegierten den Zutritt brüsk verweigerte, der abgelehnte Vorschlag wiederholt besprochen und alsdann von dem Vorsitzenden dieser Gruppe öffentlich behandelt. Diese sogenannten offiziellen Tagungen sind durch Verlautbarungen in den amtlichen Druckwerken der Konferenz zuhause gekommen, obwohl wir gegen den nicht korrekten Vorgang in verschiedenen Mäßen, leider vergeblich, an zuständiger Stelle Einspruch erhoben haben.

Wir erblicken in den bezeichneten Vorfällen eine schwere Verletzung der deutschen Abordnung in ihrer Gesamtheit.

Angesichts dieser Sachlage sieht sich die deutsche Delegation gezwungen, die Konferenz zu verlassen. Sie bedauert lebhaft, an der so wichtigen Arbeit, zu der sie sich wiederholt und eifrig bereit erklärt hat, so lange verhindert zu sein, als den deutschen Forderungen nicht Genüge getan und den berechtigten deutschen Beschwerden nicht abgeholfen worden ist.

Genf, 19. Juni 1933.
(gez.) Hans Engel, Mansfeld, Vogel, Dr. Rob. Ley.

Ministerpräsident Gömbös über seine Berliner Reise

Wien, 19. Juni. Ministerpräsident Gömbös, der heute vormittag hier eingetroffen ist, erklärte einem Pressevertreter über das Ziel seiner Berliner Reise, daß die bevor-

stehende Erntezeit und die Tatsache, daß der Absatz der ungarischen Bodenprodukte auf den Märkten seiner Nachbarn nicht ausreicht, es angelegentlich erscheinen ließen, schon jetzt die Gelegenheit einer Aussprache mit dem Reichkanzler zu ergreifen, deren Notwendigkeit sich in den in Budapest begonnenen Verhandlungen mit reichsdeutschen Wirtschaftspolitikern ergeben hatte. Es geriet mir zur großen Genugtuung, erklärte der Ministerpräsident, daß ich beim Reichkanzler ein weitgehendes Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse Ungarns gefunden habe, und ich wünsche nicht, daß die noch zu treffenden Abmachungen für die gesamte mitteleuropäische Wirtschaftsverordnung von weittragender Bedeutung sein werden. Selbstverständlich haben wir bei dieser Gelegenheit alle Fragen durchgesprochen, die die Interessen unserer beiden Länder betreffen. Es erübrigt sich zu betonen, daß Ungarn unverändert an seinen bewährten Freundschaften festhält, unter denen das Verhältnis zu Österreich einen hervorragenden Platz einnimmt.

Ministerpräsident Gömbös hat nach kurzem Aufenthalt gegen 11 Uhr Wien wieder verlassen und ist im Auto nach Budapest zurückgekehrt. Es hat keine Zusammenkunft zwischen ihm und Bundeskanzler Dr. Dollfuß stattgefunden. Auch bei der Ankunft des Ministerpräsidenten Gömbös auf dem Westbahnhof war von der österreichischen Regierung niemand zum Empfang erschienen, da der Aufenthalt des ungarischen Ministerpräsidenten als inoffiziell galt.

Das ungarische Parlament und die Berliner Reise Gömbös'

Budapest, 19. Juni. Ministerpräsident Gömbös begab sich unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Deutschland in die Sitzung des Parlaments. Die Mitglieder der Regierungspartei brachten ihm stürmische Ovationen dar, während die Sozialdemokraten durch Zwischenrufe zu hören verstanden. Der demokratische Abgeordnete Malay kritisierte die Reise Gömbös', und zwar behauptete er u. a., sie hätte dazu beigetragen, das Vorhaben der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus zu erschweren.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Mező gab seiner Verärgerung darüber Ausdruck, daß der ungarische Ministerpräsident mit dem mächtigen nationalsozialistischen Deutschland Fühlung genommen habe, zumal ja die NSDAP zuvor ihre Delegierten zu wirtschaftlichen Studien nach Ungarn entsandt habe. Im übrigen werde der Anschluß über kurz oder lang erfolgen, und Ungarn tue am besten, wenn es sich zu dieser Frage gänzlich neutral verhalte.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß Präsident Gömbös am Dienstag im Parlament ausführlich über seine Reise nach Berlin Bericht erhalten wird.

abzuwehren. Wegen der vielen Menschen konnte das Auto nur ganz langsam vorwärts kommen. Erst am Charlottenplatz konnte es ein schnelleres Tempo einschlagen.

Der „NS-Kurier“ bestätigt, daß Dr. Volz zu seiner eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden mußte. Das Blatt erinnert an die Haltung, die Dr. Volz früher gegen die Nationalsozialisten eingenommen hat und an seine Äußerungen in Salzburg. Es schreibt dazu: Als Dr. Volz in Österreich war, handelte es sich gerade darum, in der Christlich-Sozialen Partei den weiteren Kurs festzulegen. Damals wurde auch der Kurs festgelegt, der zu der heutigen außerordentlichen Verschärfung der Lage geführt hat. Das eine steht außer jedem Zweifel, daß Dr. Volz in seinen Ausführungen diesen Kurs nach Kräften verschärft hat. Das Blatt berichtet weiter, Dr. Volz habe bei seiner Vernehmung seine Aufforderung an die Christlich-Sozialen, die nötigen Reformen mit Mut und Entschlußkraft durchzuführen, als belanglos hinzustellen versucht. Schließlich berichtet noch der „NS-Kurier“, daß die grenzenlose Empörung der noch Tausenden zählenden Masse kaum zu bändigen war. Von einer Reihe SS-Männer wurde Dr. Volz in das Auto geleitet. Kaum trat er ins Freie, brach die Menge in fürchterliche Jurahe aus und verlor sich mehrmals, die Abspernung zu durchbrechen. Nur mit äußerster Mühe gelang es den SS-Männern, die immer bedrohlicher und gefährlicher werdende Situation zu beherrschen und die Massen zurückzudrängen. Es war ursprünglich geplant, Dr. Volz nach Hause zu bringen, aber angesichts der Haltung der Massen drückte der ehemalige Staatspräsident selbst den Wunsch aus, sofort nach Ludwigsbürg überführt zu werden. Dr. Volz wird auf den Alberg verbracht werden, wobei der Leiter der politischen Polizei, Dr. Mattheis, sich sofort begab, um seine Unterbringung vorzubereiten. Eine Unmenge von größeren und kleineren Wagen begleiteten Dr. Volz auf seiner Fahrt.

Stahlhelmverbot im Bezirk Düsseldorf

Düsseldorf, 19. Juni. Der Regierungspräsident hat heute für den Gesamtbezirk des Regierungsbezirks Düsseldorf den Stahlhelm in seiner bisherigen Organisationsform verboten. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit vielfach politisch unzuverlässige Elemente als Mitglieder in den Stahlhelm aufgenommen worden sind. Betont wird, daß das Verbot sich in keiner Weise gegen den alten Bestand des Stahlhelms richte. Es bezwecke lediglich, den Stahlhelm von den Mißbräuchen der letzten Monate zu säubern und in neuer Form der Mitarbeit an den Aufgaben des nationalen Staates wieder nutzbar zu machen.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über
bereits Raum 25 Sp., Restausgabe
40 Sp., Restausgabe 100 Sp.,
Zufolge. Offerte und Zuschriften
erreichung 20 Sp., bei größeren
Anzeigen Rabatt, der im Falle
des Nachdruckes ebenfalls
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 5 Tagen nach Auf-
nahmeerhalt erfolgt. Bei Zeitungs-
werbungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Berichtstand für beide Teile ist
Neuenburg. Für telef. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

NSDAP. in Österreich verboten

Ö. u. S. aufgelöst

Wien, 19. Juni. Nach einer Mitteilung der amtlichen Nachrichtenstelle sind auf Beschluß des Ministerrats die Ö. u. S. Abteilungen und der Vaterländische Schutzbund aufgelöst worden.

Der Ministerrat beschloß ferner, der Österreichischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei jede Betätigung in Österreich und insbesondere auch die Bildung irgendwelcher Parteiorganisationen zu verbieten.

Das amtliche österreichische Communiqué

Wien, 19. Juni. Die amtliche Nachrichtenstelle meldet: Der Bundeskanzler Dr. Dollfuß rief sofort nach Erhalt der Nachricht von dem Ausbruch auf eine Affären-Kommission in Krems den Ministerrat zusammen, der bis in die späten Abendstunden tagte. Der Sicherheitsminister berichtete, daß die polizeiliche Untersuchung und die teilweisen Gesandnisse der Verhafteten bezüglich der letzten Sprengstoffattentate in Wien einwandfrei erwiesen haben, daß die Teilnehmer an diesen Attentaten der NSDAP. und deren Schutzhelfer (Ö. u. S. Abteilungen) angehören. Aufgrund dieser Tatsachen beschloß der Ministerrat, die Ö. u. S. Abteilungen sowie den Vaterländischen Schutzbund aufzulösen und der Österreichischen NSDAP. (Hitlerbewegung) jede Betätigung in Österreich und insbesondere auch die Bildung irgendwelcher Parteiorganisationen zu verbieten. Damit sind auch alle Abteilungen der Partei verboten. Bezüglich der Vorfälle in Krems sind alle Maßnahmen getroffen worden, um Weiterungen restlos zu verhindern. Die strengste Untersuchung ist eingeleitet.

Der Eindruck des Verbots in Berlin

Berlin, 19. Juni. (Cont.) In Berliner politischen Kreisen hat das Verbot der NSDAP. in Österreich keine besondere Ueberraschung ausgelöst. Die Vorgänge der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Regierung Dollfuß seit langem auf dieses Ziel hinarbeitet. Ohne Beweise dafür zu erlangen, sind von österreichischer amtlicher Seite die Anschlüsse, die sich u. a. in Innsbruck, in Wien und heute in Krems ereigneten, den Nationalsozialisten zur Last gelegt worden, um auf diese Weise Maßnahmen gegen die Partei ergreifen zu können. Die österreichischen Nationalsozialisten haben ihrerseits demgegenüber wiederholt mit aller Entschiedenheit erklärt, daß sie mit den Attentaten nichts zu tun hätten und jede Illegalität aufs schärfste mißbilligten. Wenn sich die österreichische Regierung trotzdem dazu entschlossen hat, der NSDAP. jede Betätigung in Österreich zu untersagen und die nationalsozialistischen Organisationen aufzulösen, so muß ihr die Verantwortung für dieses Verbot überlassen bleiben, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Der Vermerk der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich wird allerdings auf diesem Wege nicht aufgehoben sein.

Handgranatenanschlag auf österreichische Hilfspolizei

Zwölf Schwerverletzte, acht Leichtverletzte

Wien, 19. Juni. Wie aus Krems an der Donau gemeldet wird, wurden heute nachmittag gegen eine Abteilung Hilfspolizei, die von einer Übung zurückkehrte, drei Handgranaten geworfen, von denen zwei explodierten, während eine unwirksam gemacht werden konnte. Von den Hilfspolizisten fielen zwölf Mann schwer und acht leicht verletzt worden sein. Die Täter entkamen unerkannt in den nahen Wald.

Es sollen sofort außerordentliche Polizeimaßnahmen getroffen und aus Wien Militär- und Polizeiverbänden nach Krems beordert worden sein.

Unbekannte Täter haben einen Anschlag auf die Schienenanlage des Staues bei Salzburg verübt; der Anschlag ist mißglückt.

Wiener aml. Darstellung der Vorfälle in Krems

Wien, 19. Juni. Zu den Vorfällen in Krems meldet die amtliche Nachrichtenstelle: Heute nachmittag um 5 Uhr marschierte vom Eggrsee, unweit von Krems, wo eine Schießübung abgehalten worden war, eine Abteilung der Hilfspolizei in Stärke von 55 Mann und hinter ihr eine Kompanie des Infanterieregiments Nr. 6 nach Krems zurück. Während des Marsches wurden von zwei bisher unbekanntem Tätern gegen die Hilfspolizeiabteilung drei Handgranaten geschleudert. Zwei Handgranaten explodierten innerhalb der Abteilung, die dritte wurde von einem Hilfspolizisten aufgefangen und geistesgegenwärtig auf das freie Feld hinausgeworfen, wo sie, ohne Schaden anzurichten, explodierte.

Von der Abteilung wurden 30 Mann verletzt, 16 Mann mußten in das Spital gebracht werden, drei davon sind schwer verletzt. Außer den Hilfspolizisten wurde ein Zivilist, ein diensthabender Portier, der Blumen plückte, verletzt. Den Tätern, von denen Personenbeschreibungen vorliegen, gelang es zu flüchten. Ihre Verfolgung durch Gendarmerie und Militär wurde aufgenommen. Der Bezirksheutmann von Krems hat für die Gemeinden Krems, Stein und Raasdorf zum Schutze von Sicherheit und Eigentum mit sofortiger Wirksamkeit entsprechende Maßnahmen angeordnet. Die Haus Türen müssen um 8 Uhr, die Schanzen um 9 Uhr geschlossen sein. Ansammlungen und Gruppenbildungen in den Straßen sind verboten. Zur Verstärkung des Sicherheitsdienstes wurden von Wien die Gendarmerieabteilung und eine Gruppe der Kriminalbeamtenabteilung entsandt und außerdem wurde die Garnison Krems entsprechend verhörfert. In der Stadt wurde die Ruhe nicht gestört. Die Bevölkerung ist über das Bombenattentat entrüstet.



